

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dağdelen,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/3713 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2014

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die in der medialen Berichterstattung wenig Beachtung finden.

So ist kaum bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/705). Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2013 bei 39,3 Prozent und das, obwohl Flüchtlinge z. B. aus Serbien oder Mazedonien zu nahezu 100 Prozent abgelehnt wurden. Hinzu kommen noch Anerkennungen durch die Gerichte: Im Jahr 2013 erwiesen sich etwa 13 Prozent aller Klagen gegen ablehnende Asylbescheide als begründet, bei Asylsuchenden aus Afghanistan oder dem Iran lag die Erfolgsquote im Gerichtsverfahren sogar bei etwa 40 Prozent. Das heißt, dass im Ergebnis etwa jeder zweite inhaltlich geprüfte Asylantrag zu einem Schutzstatus in Deutschland führt.

Bei einem Drittel aller Asylsuchenden war das BAMF im Jahr 2013 der Auffassung, dass ein anderes Land der Europäischen Union für die Asylprüfung zuständig sei. Die Zahl der Asylsuchenden, die über Griechenland nach Deutschland einreisen, ist über die letzten Jahre stabil geblieben, im Jahr 2013 waren es 3 879 Personen. Der zuvor beschworene „Pull-Effekt“ durch die Aussetzung von Überstellungen nach Griechenland seit Januar 2011 wegen der dortigen erheblichen Mängel im Asylsystem ist nicht eingetreten, Grenzsicherungsmaßnahmen erschweren die Weiterflucht in andere Länder der Europäischen Union.

Übernahmeersuchen wurden im Jahr 2013 vor allem an Polen gerichtet (39,4 Prozent), danach folgte Italien (16,5 Prozent). Den insgesamt 35 280 Ersuchen standen jedoch nur 4 741 tatsächliche Überstellungen gegenüber, das sind gerade einmal 13,4 Prozent. Bei Ländern wie Italien, Bulgarien, Malta oder Zypern lag dieser Anteil nur zwischen 7 und 1 Prozent. Viele Betroffene wehren sich erfolgreich auf gerichtlichem Wege gegen eine Überstellung – wegen erheblicher Mängel in den Asylsystemen anderer Mitgliedstaaten der Eu-

ropäischen Union oder aufgrund individueller Besonderheiten –, oder aber sie tauchen im Zweifelsfall lieber unter, als dass sie gegen ihren Willen in ein Land überstellt werden, in dem sie ein unfaires Asylverfahren, unwürdige Lebensbedingungen, Obdachlosigkeit oder eine Inhaftierung fürchten müssen. Das Dublin-System produziert somit eine große Zahl von illegalisierten Schutzsuchenden und erreicht nicht sein vorgebliches Ziel, allen Asylsuchenden in der Europäischen Union ein faires Asylverfahren zu bieten. Innerhalb des BAMF werden für Dublin-Verfahren trotz der geringen realen Verteilungswirkung zunehmend Personalressourcen gebunden, die weitaus sinnvoller in der regulären Asylprüfung eingesetzt werden könnten.

Eine weitere Möglichkeit zur Einsparung von Arbeitskapazitäten im BAMF wäre der Verzicht auf massenhafte Widerrufsverfahren – in der Europäischen Union sieht nur Deutschland obligatorische Widerrufsprüfungen nach drei Jahren ohne konkreten Anlass vor. Im Jahr 2013 kam es bei 13 633 Prüfverfahren nur in jedem 20. Fall zu einer Aberkennung eines Flüchtlingsstatus, wobei diese Widerrufe bei einer gerichtlichen Überprüfung wiederum nur zu 37 Prozent Bestand hatten. Für die Betroffenen – politisch verfolgte und häufig traumatisierte Flüchtlinge – sind die Verfahren dennoch sehr belastend.

Ein behördliches Asylverfahren in Deutschland dauerte im Jahr 2013 im Durchschnitt 7,2 Monate. Bei bestimmten Herkunftsländern mit geringen Anerkennungsquoten, etwa Serbien und Mazedonien, ist die Verfahrensdauer infolge von Beschleunigungsmaßnahmen bedeutend kürzer. Umso länger dauern die Verfahren bei zahlreichen Flüchtlingen mit guten Anerkennungschancen, im Jahr 2013 mussten etwa Asylsuchende aus Afghanistan, Pakistan, Eritrea und Somalia 14 bis 17 Monate auf eine Behördenentscheidung warten.

Vom umstrittenen Asyl-Flughafenverfahren waren im Jahr 2013 972 Asylsuchende betroffen, unter ihnen 322 syrische und 114 afghanische Flüchtlinge sowie 180 unbegleitete Minderjährige. Im Ergebnis wurde 48 dieser Asylsuchenden nach einer Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ die Einreise im Rechtssinne verweigert – wie viele von ihnen tatsächlich ausreisten oder abgeschoben wurden oder in Deutschland verbleiben konnten, ist nicht bekannt.

35,4 Prozent aller Asylsuchenden in Deutschland im Jahr 2013 waren Kinder. 2,3 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, bei denen die bereinigte Gesamtschutzquote zwischen 45,9 und 61 Prozent betrug. Ausgerechnet die Asylverfahren unbegleiteter Minderjähriger dauerten im Jahr 2013 mit durchschnittlich 11,2 Monaten besonders lange.

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes – GG –, nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes/ der Genfer Flüchtlingskonvention – AufenthG/GFK –, subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im vierten Quartal 2014, im Gesamtjahr 2014, und wie lauten die Vergleichswerte des Vorjahres (bitte in absoluten Zahlen und in Prozent angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländern gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben; bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung, internationaler Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz, nationale Abschiebungsverbote, bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen)?
- b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht rein formelle (Nicht-)Entscheidungen (bitte wie zuvor differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2014	Asyl- berechtigung Art 16a GG		Flüchtlings- schutz § 3 I AsylVfG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylVfG		Abschiebungs- verbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %
Herkunftsländer gesamt	823	1,9	13 053	30,3	456	1,1	577	1,3	14 909	34,6	49,4
davon											
Syrien	592	5,2	9 276	81,7	165	1,5	41	0,4	10 074	88,7	100,0
Serbien	–	–	–	–	4	0,0	10	0,1	14	0,1	0,2
Kosovo	–	–	–	–	–	–	5	0,5	5	0,5	1,2
Eritrea	5	1,4	165	47,4	37	10,6	8	2,3	215	61,8	97,7
Afghanistan	21	1,3	413	24,7	57	3,4	277	16,6	768	46,0	70,0
Albanien	–	–	2	0,3	11	1,6	–	–	13	1,9	2,6
Irak	36	2,1	1 441	85,5	27	1,6	11	0,7	1 515	89,9	99,4
Bosnien-Herzegowina	–	–	–	–	–	–	6	0,2	6	0,2	0,3
Ukraine	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Mazedonien	–	–	–	–	–	–	7	0,2	7	0,2	0,3
Ungeklärt	5	0,7	477	68,6	5	0,7	15	2,2	502	72,2	90,8
Somalia	–	–	101	14,7	56	8,2	40	5,8	197	28,7	76,4
Nigeria	1	0,3	29	9,1	4	1,3	7	2,2	41	12,9	42,7
Pakistan	1	0,1	111	14,2	6	0,8	2	0,3	120	15,3	22,6
Russische Föderation	3	0,2	52	4,1	18	1,4	28	2,2	101	8,0	22,2

4. Quartal 2014	Quote zu Frage 1b	
	absolut	in Prozent
Asylberechtigung	823	1,9
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylVfG)	13 053	30,3
Subsidiärer Schutz nach		
§ 4 I Nr. 1 AsylVfG	13	0,0
§ 4 I Nr. 2 AsylVfG	187	0,4
§ 4 I Nr. 3 AsylVfG	216	0,5
§ 4 I AsylVfG Familienschutz	40	0,1
Summe subsidiärer Schutz	456	1,1
Abschiebungsverbot nach		
§ 60 V AufenthG	376	0,9
§ 60 VII AufenthG	201	0,5
Summe Abschiebungsverbot	577	1,3
Gesamtsschutz	14 909	34,6

Gesamt 2014	Asyl- berechtigung Art 16a GG		Flüchtlings- schutz § 3 I AsylVfG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylVfG		Abschiebungs- verbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %
Herkunftsländer gesamt	2 285	1,8	31 025	24,1	5 174	4,0	2 079	1,6	40 563	31,5	48,5
davon											
Syrien	1 489	5,6	19 018	71,2	3 246	12,2	106	0,4	23 859	89,3	99,9
Serbien	–	–	1	0,0	17	0,1	25	0,1	43	0,2	0,3
Eritrea	36	2,0	709	39,5	210	11,7	36	2,0	991	55,2	98,4
Afghanistan	87	1,2	1 939	26,6	355	4,9	1 022	14,0	3 403	46,7	68,4
Albanien	–	–	9	0,3	43	1,2	25	0,7	77	2,2	2,6
Kosovo	–	–	4	0,1	1	0,0	35	0,9	40	1,1	2,2
Bosnien-Herzegowina	–	–	–	–	2	0,0	15	0,2	17	0,3	0,4
Mazedonien	–	–	2	0,0	5	0,1	15	0,2	22	0,3	0,4
Somalia	4	0,1	518	14,9	222	6,4	125	3,6	869	25,0	74,1
Irak	60	1,3	3 161	69,0	99	2,2	69	1,5	3 389	73,9	88,7
Russische Föderation	4	0,1	195	3,0	94	1,5	129	2,0	422	6,5	23,9
Pakistan	18	0,6	513	16,9	15	0,5	20	0,7	566	18,6	28,4
Nigeria	1	0,1	50	4,0	27	2,1	25	2,0	103	8,1	31,0
Ungeklärt	22	1,1	1 111	53,3	259	12,4	21	1,0	1 413	67,8	81,9
Iran	256	6,2	1 781	43,3	58	1,4	32	0,8	2 127	51,8	73,7

Gesamt 2014			Quote zu Frage 1b
	absolut	in Prozent	in Prozent
Asylberechtigung	2 285	1,8	2,7
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylVfG)	31 025	24,1	37,1
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylVfG	79	0,1	0,1
§ 4 I Nr. 2 AsylVfG	1 609	1,2	1,9
§ 4 I Nr. 3 AsylVfG	3 142	2,4	3,8
§ 4 I AsylVfG Familienschutz	344	0,3	0,4
Summe subsidiärer Schutz	5 174	4,0	6,2
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	987	0,8	1,2
§ 60 VII AufenthG	1 092	0,8	1,3
Summe Abschiebungsverbot	2 079	1,6	2,5
Gesamtsschutz	40 563	31,5	48,5

2013	Art 16a GG, § 60,1 AufenthG		Subsidiärer Schutz		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Pro- zent	in Prozent
Herkunftsländer gesamt	10 915	13,5	9 213	11,4	20 128	24,9	39,3
darunter							
Russische Föderation	155	1,3	116	0,9	271	2,2	17,0
Syrien	2 907	31,5	5 795	62,8	8 702	94,2	99,7
Serbien	1	0,0	24	0,2	25	0,2	0,3
Afghanistan	1 289	21,0	1 648	26,9	2 937	47,9	56,6
Mazedonien	6	0,1	11	0,2	17	0,3	0,4
Iran	1 848	52,8	96	2,7	1 944	55,5	65,8
Pakistan	784	32,9	25	1,0	809	33,9	41,2
Irak	2 116	50,2	159	3,8	2 275	53,9	60,9
Somalia	452	31,0	268	18,4	720	49,3	72,4
Eritrea	373	63,1	54	9,1	427	72,3	95,5
Kosovo	1	0,0	35	1,2	36	1,2	2,1
Bosnien-Herzegowina	0	–	18	0,5	18	0,5	0,9
Georgien	3	0,2	3	0,2	6	0,4	1,3
Ägypten	63	19,3	25	7,6	88	26,9	36,4
Nigeria	37	5,0	44	6,0	81	11,0	18,2

2013			Quote zu Frage 1b
	absolut	in Prozent	in Prozent
Asylberechtigung	919	1,1	1,8
Flüchtlingsschutz (§ 60 I AufenthG)	9 996	12,3	19,5
Subsidiärer Schutz nach			
Subs. Schutz § 4 I AsylVfG	21	0,0	0,0
§ 60 II AufenthG	6 769	8,4	13,2
§ 60 III AufenthG	16	0,0	0,0
§ 60 V AufenthG	2	0,0	0,0
§ 60 VII Satz 1 AufenthG	2 206	2,7	4,3
§ 60 VII Satz 2 AufenthG	199	0,2	0,4
Summe national subsidiärer Schutz	2 208	2,7	4,3
Summe europäischer subsidiärer Schutz	7 005	8,7	13,7
Gesamtsschutz	20 128	24,9	39,3

2. Wie viele der Anerkennungen nach Artikel 16a GG bzw. nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben im Sinne der Frage werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) erfasst und können der folgenden Tabelle entnommen werden:

4. Quartal 2014	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylVfG					
	darunter:					
	Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylVfG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung		
			davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung	
	13 053	579	7 826	104	2 925	122
darunter:						
Syrien	9 276	128	6 474	67	1 130	6
Serbien	0	0	0	0	0	0
Kosovo	0	0	0	0	0	0
Eritrea	165	11	149	10	4	0
Afghanistan	413	115	28	5	268	30
Albanien	2	0	0	0	2	0
Irak	1 441	130	49	4	1 144	8
Bosnien-Herzeg.	0	0	0	0	0	0
Ukraine	0	0	0	0	0	0
Mazedonien	0	0	0	0	0	0
Ungeklärt	477	6	399	2	68	0
Somalia	101	32	2	2	66	32
Nigeria	29	6	0	0	23	17
Pakistan	111	19	4	3	88	12
Russ. Föderation	52	16	30	1	5	1

Jahr 2014	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylVfG					
	darunter:					
	Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylVfG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung		
			davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung	
	31 025	3 446	18 965	196	6 891	428
darunter:						
Syrien	19 018	827	14 303	97	2 344	14
Serbien	1	0	0	0	1	1
Eritrea	709	85	609	15	14	2
Afghanistan	1 939	430	168	11	1 339	139
Albanien	9	0	1	0	8	2
Kosovo	4	1	0	0	3	2
Bosnien-Herzeg.	0	0	0	0	0	0
Mazedonien	2	0	0	0	2	1
Somalia	518	271	2	2	244	109
Irak	3 161	1 038	107	14	1 898	29
Russ. Föderation	195	97	81	3	16	6
Pakistan	513	68	36	6	409	13
Nigeria	50	11	0	0	39	28
Ungeklärt	1 111	61	940	2	106	0
Iran	1 781	258	1 477	31	45	5

3. Wie viele Widerrufsverfahren wurden im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 eingeleitet (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren, zum Vergleich bitte auch die Werte des vorherigen Quartals nennen), und wie viele Entscheidungen in Widerrufsverfahren mit welchem Ergebnis gab es in diesen Zeiträumen (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren, bitte auch die jeweiligen Widerrufsquoten und zum Vergleich die jeweiligen Werte der vorherigen Quartals nennen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2014	eingeleitete Widerrufs- prüf- verfahren	Ent- schei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme	
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Herkunftsländer gesamt	4 139	4 026	88	2,2	42	1,0	39	1,0	3 857	95,8
Irak	1 115	1 187	–	–	1	0,1	–	–	1 186	99,9
Iran	651	691	2	0,3	6	0,9	–	–	683	98,8
Syrien	572	401	–	–	1	0,2	–	–	400	99,8
Afghanistan	404	383	3	0,8	–	–	8	2,1	372	97,1
Pakistan	213	124	–	–	–	–	–	–	124	100,0
Türkei	209	240	19	7,9	3	1,3	3	1,3	215	89,6
Somalia	138	126	–	–	1	0,8	–	–	125	99,2
Eritrea	129	120	–	–	1	0,8	–	–	119	99,2
Russ. Föderation	69	87	–	–	1	1,1	3	3,4	83	95,4
Sri Lanka	65	65	–	–	–	–	2	3,1	63	96,9
Ungeklärt	56	34	–	–	–	–	3	8,8	31	91,2
Staatenlos	51	15	–	–	–	–	–	–	15	100,0
Aserbaidshan	45	32	–	–	–	–	–	–	32	100,0
Äthiopien	44	52	–	–	1	1,9	–	–	51	98,1
Kosovo	42	102	49	48,0	14	13,7	7	6,9	32	31,4

Jahr 2014	eingeleitete Widerrufs- prüf- verfahren	Ent- schei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme	
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Herkunftsländer gesamt	12 527	16 061	357	2,2	257	1,6	154	1,0	15 293	95,2
Irak	3 716	4 098	5	0,1	70	1,7	2	0,0	4 021	98,1
Iran	1 901	2 549	9	0,4	20	0,8	5	0,2	2 515	98,7
Afghanistan	1 376	1 745	5	0,3	4	0,2	26	1,5	1 710	98,0
Syrien	1 174	1 134	8	0,7	24	2,1	2	0,2	1 100	97,0
Türkei	765	965	70	7,3	19	2,0	16	1,7	860	89,1
Somalia	476	657	1	0,2	1	0,2	–	–	655	99,7
Pakistan	384	309	–	–	1	0,3	–	–	308	99,7
Eritrea	369	498	6	1,2	4	0,8	–	–	488	98,0
Russ. Föderation	309	606	–	–	5	0,8	9	1,5	592	97,7

Jahr 2014	eingeleitete Widerrufs- prüf- verfahren	Ent- schei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme	
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Kosovo	221	593	182	30,7	44	7,4	21	3,5	346	58,3
Sri Lanka	187	499	13	2,6	6	1,2	5	1,0	475	95,2
Äthiopien	181	246	5	2,0	1	0,4	1	0,4	239	97,2
Ungeklärt	123	127	2	1,6	3	2,4	5	3,9	117	92,1
Aserbajdschan	122	229	–	–	4	1,7	1	0,4	224	97,8
China	119	140	1	0,7	4	2,9	4	2,9	131	93,6

3. Quartal 2014	eingeleitete Widerrufs- prüf- verfahren	Ent- schei- dungen insge- samt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft		Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz		kein Widerruf/ Keine Rück- nahme	
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Herkunftsländer gesamt	4 059	3 887	103	2,6	57	1,5	43	1,1	3 684	94,8
Irak	1 270	933	–	–	7	0,8	1	0,1	925	99,1
Iran	582	447	2	0,4	1	0,2	3	0,7	441	98,7
Afghanistan	501	498	–	–	2	0,4	5	1,0	491	98,6
Syrien	352	295	4	1,4	8	2,7	1	0,3	282	95,6
Türkei	255	176	19	10,8	6	3,4	5	2,8	146	83,0
Somalia	196	194	–	–	–	–	–	–	194	100,0
Eritrea	124	124	1	0,8	2	1,6	–	–	121	97,6
Russ. Föderation	106	104	–	–	2	1,9	1	1,0	101	97,1
Pakistan	85	63	–	–	1	1,6	–	–	62	98,4
Äthiopien	67	84	3	3,6	–	–	1	1,2	80	95,2
Sri Lanka	57	240	1	0,4	–	–	2	0,8	237	98,8
Kosovo	41	163	60	36,8	12	7,4	5	3,1	86	52,8
China	35	42	–	–	–	–	–	–	42	100,0
Ungeklärt	33	32	1	3,1	1	3,1	2	6,3	28	87,5
Aserbajdschan	32	53	–	–	1	1,9	1	1,9	51	96,2

4. Wie lange war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 (bitte auch die Vergleichswerte des Vorjahres nennen), wie lange war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung (d. h. inklusive eines Gerichtsverfahrens), und wie lange war die

durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Asyleranträgen von unbegleiteten Minderjährigen (bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und auch nach Erst- und Folgeanträgen differenzieren)?

Zahlen zur Verfahrensdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung liegen für das erste Halbjahr 2014 vor.

Die übrigen Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2014	
Herkunftsländer gesamt	6,6
darunter:	
Syrien	3,6
Serbien	4,4
Kosovo	4,1
Eritrea	8,5
Afghanistan	15,9
Albanien	4,9
Irak	9,4
Bosnien-Herzegowina	4,5
Ukraine	2,9
Mazedonien	6,3
Ungeklärt	5,2
Somalia	10,9
Nigeria	11,2
Pakistan	18,7
Russische Föderation	14,0

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2014	
Gesamt	6,6
davon	
Erstanträge	6,9
Folgeanträge	5,1

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2014	
Herkunftsländer gesamt	7,1
darunter:	
Syrien	4,2
Serbien	4,0
Eritrea	8,6
Afghanistan	13,9
Albanien	3,6
Kosovo	4,7
Bosnien-Herzegowina	3,9
Mazedonien	5,3
Somalia	9,2
Irak	9,6
Russische Föderation	10,0
Pakistan	15,7
Nigeria	10,1
Ungeklärt	6,4
Iran	14,5

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2014	
Gesamt	7,1
davon	
Erstanträge	7,5
Folganträge	5,3

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2013	
Herkunftsländer gesamt	7,2
darunter:	
Russische Föderation	5,6
Syrien	4,6
Serbien	2,1

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Afghanistan	14,1
Mazedonien	2,4
Iran	13,0
Pakistan	15,0
Irak	9,5
Somalia	15,3
Eritrea	16,9
Kosovo	3,7
Bosnien und Herzegowina	2,4
Georgien	7,3
Ägypten	14,0
Nigeria	13,8

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2013	
Gesamt	7,2
darunter:	
Erstanträge	7,7
Folgeanträge	4,5

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in Monaten	
Januar bis Juni 2014	
Herkunftsländer gesamt	11,1
darunter:	
Serbien	6,7
Syrien	7,1
Mazedonien	7,7
Russische Föderation	12,0
Afghanistan	21,7
Bosnien-Herzegowina	5,5
Irak	15,7
Iran	18,6
Kosovo	9,5

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in Monaten	
Pakistan	19,9
Georgien	13,9
Somalia	13,9
Albanien	5,0
Ungeklärt	18,0
Türkei	11,6

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in Monaten	
Januar bis Juni 2014	
Gesamt	11,1
davon	
Erstanträge	11,6
Folgeanträge	8,7

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2013	
Herkunftsländer gesamt	11,9
darunter:	
Serbien	6,8
Syrien	7,2
Afghanistan	22,0
Mazedonien	6,9
Russische Föderation	8,6
Irak	13,3
Iran	18,3
Bosnien-Herzegowina	5,6
Kosovo	10,3
Pakistan	19,8
Türkei	18,6
Somalia	18,7
Georgien	10,4
Vietnam	10,8
Indien	9,6

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2013	
Gesamt	11,9
davon	
Erstanträge	12,3
Folgeanträge	9,6

Bei Asylanträgen unbegleiteter Minderjähriger werden nur Asylverfahren gesondert erfasst:

4. Quartal 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylverfahren von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Herkunftsländer gesamt	9,7
darunter:	
Syrien	5,7
Afghanistan	13,8
Eritrea	6,3
Irak	11,2
Somalia	11,9
Ungeklärt	7,5
Marokko	9,8
Serbien	5,3
Mazedonien	7,3
Algerien	5,4
Staatenlos	6,5
Äthiopien	21,7
Pakistan	25,1
Nigeria	18,8
Angola	32,3

Jahr 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylverfahren von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Herkunftsländer gesamt	10,4
darunter:	
Afghanistan	14,3
Syrien	5,5
Eritrea	6,3

Jahr 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asyl- erstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Somalia	11,0
Irak	12,2
Ägypten	8,4
Marokko	6,5
Pakistan	17,5
Äthiopien	20,2
Serbien	4,8
Ungeklärt	7,5
Algerien	7,1
Guinea	14,4
Mazedonien	5,9
Iran	13,4

Jahr 2013	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asyl- erstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Herkunftsländer gesamt	11,2
darunter:	
Afghanistan	12,9
Syrien	4,9
Irak	14,6
Somalia	12,5
Pakistan	19,2
Serbien	2,3
Ägypten	7,1
Guinea	16,2
Äthiopien	18,8
Algerien	8,3
Eritrea	13,0
Marokko	6,4
Russische Föderation	6,4
Mazedonien	1,5
Iran	15,6

- a) Wie lange war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Dublin-Verfahren, d. h. in den Fällen, in denen Ersuchen zur Übernahme nach der Dublin-Verordnung gestellt wurden (bitte nach den Zielländern der Ersuchen differenzieren)?

Eine Differenzierung der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer nach Zielländern wird statistisch nicht gesondert erfasst.

Die übrigen Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

4. Quartal 2014	3,1
Jahr 2014	4,3
Jahr 2013	5,0

- b) Wie lange war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Asylverfahren, in denen kein Ersuchen nach der Dublin-Verordnung gestellt wurde (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, in denen kein Ersuchen nach Dublin VO gestellt wurde; in Monaten
Herkunftsländer gesamt	7,1
darunter:	
Syrien	3,6
Serbien	4,4
Kosovo	5,4
Eritrea	10,2
Afghanistan	21,5
Albanien	5,1
Irak	9,9
Bosnien-Herzegowina	4,5
Ukraine	7,8
Mazedonien	6,3
Ungeklärt	5,4
Somalia	14,6
Nigeria	22,4
Pakistan	23,8
Russische Föderation	21,5

Jahr 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, in denen kein Ersuchen nach Dublin VO gestellt wurde; in Monaten
Herkunftsländer gesamt	7,7
darunter:	
Syrien	4,3
Serbien	4,0
Eritrea	11,0
Afghanistan	17,7
Albanien	3,6
Kosovo	5,4
Bosnien-Herzegowina	3,9
Mazedonien	5,3
Somalia	13,8
Irak	10,4
Russische Föderation	16,0
Pakistan	20,1
Nigeria	17,4
Ungeklärt	6,7
Iran	17,7

Jahr 2013	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, in denen kein Ersuchen nach Dublin VO gestellt wurde; in Monaten
Herkunftsländer gesamt	7,7
darunter:	
Russische Föderation	10,2
Syrien	4,5
Serbien	2,0
Afghanistan	15,1
Mazedonien	2,3
Iran	13,5
Pakistan	16,4
Irak	9,6
Somalia	17,7
Eritrea	17,8

Jahr 2013	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, in denen kein Ersuchen nach Dublin VO gestellt wurde; in Monaten
Kosovo	3,4
Bosnien-Herzegowina	2,3
Georgien	8,5
Ägypten	14,7
Nigeria	15,4

- c) Wie lange war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung, wenn Dublin-Verfahren, Folgeverfahren und die priorisierten Länder des Westbalkans, Syriens und Iraks herausgerechnet werden (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben ohne Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Syrien und Irak können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung ohne Dublin- u. Folgeverfahren sowie ohne priorisierte Länder; in Monaten
Herkunftsländer gesamt	14,9
darunter:	
Kosovo	5,9
Eritrea	9,8
Afghanistan	21,7
Albanien	5,5
Ukraine	7,8
Ungeklärt	5,5
Somalia	14,0
Nigeria	22,6
Pakistan	24,1
Russische Föderation	21,4

Jahr 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung ohne Dublin- u. Folgeverfahren sowie ohne priorisierte Länder; in Monaten
Herkunftsländer gesamt	13,1
darunter:	
Eritrea	10,5

Jahr 2014	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung ohne Dublin- u. Folgeverfahren sowie ohne priorisierte Länder; in Monaten
Afghanistan	18,2
Albanien	3,6
Kosovo	5,2
Somalia	13,4
Russische Föderation	15,6
Pakistan	20,3
Nigeria	17,7
Ungeklärt	6,8
Iran	18,1

Jahr 2013	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung ohne Dublin- u. Folgeverfahren sowie ohne priorisierte Länder; in Monaten
Herkunftsländer gesamt	12,6
darunter:	
Russische Föderation	9,6
Afghanistan	15,5
Iran	13,7
Pakistan	16,5
Somalia	17,1
Eritrea	17,6
Kosovo	3,2
Georgien	8,7
Ägypten	14,5
Nigeria	16,1

- d) Wie lange war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in rein schriftlichen Verfahren zur beschleunigten Anerkennung von Asylsuchenden aus Ländern mit hohen Anerkennungs-chancen (bitte nach Herkunftsländern differenzieren)?

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von schriftlichen Verfahren zur beschleunigten Anerkennung von Asylsuchenden kann statistisch nicht gesondert ermittelt werden. Einschätzungen fachkundiger Bediensteter des BAMF sind hier nicht möglich.

- e) Wie lange war in den genannten Zeiträumen durchschnittlich die Zeit bis zur Anhörung der Asylsuchenden, und wie lange die durchschnittliche Zeit nach der Anhörung bis zur behördlichen Entscheidung (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Soweit zu den obigen Unterfragen keine empirischen Erkenntnisse vorliegen sollten, wird um entsprechende Einschätzungen fachkundiger Bediensteter des BAMF gebeten.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2014	Antragstellung bis Anhörung	Anhörung bis Entscheidung
Gesamt	3,9	6,8
davon		
Afghanistan	7,6	16,5
Albanien	2,0	4,1
Bosnien-Herzegowina	1,7	3,8
Eritrea	5,8	6,2
Irak	6,1	10,1
Iran	9,4	17,2
Kosovo	1,6	4,6
Mazedonien	2,1	5,7
Nigeria	17,4	17,5
Pakistan	16,7	14,8
Russische Föderation	14,8	18,7
Serbien	1,5	3,9
Somalia	10,7	10,7
Syrien	2,0	3,2
Ukraine	7,2	9,0

Jahr 2014	Antragstellung bis Anhörung	Anhörung bis Entscheidung
Gesamt	4,0	6,7
davon		
Afghanistan	8,1	13,6
Albanien	0,9	2,8
Bosnien-Herzegowina	1,3	3,3
Eritrea	4,4	7,2
Irak	7,3	10,5
Iran	8,8	13,8
Kosovo	1,4	4,3

Jahr 2014	Antragstellung bis Anhörung	Anhörung bis Entscheidung
Mazedonien	1,7	4,6
Nigeria	13,1	12,2
Pakistan	13,4	12,5
Russische Föderation	9,9	12,5
Serbien	1,3	3,3
Somalia	8,4	9,2
Syrien	2,1	3,1
Ungeklärt	3,4	4,8

Jahr 2013	Antragstellung bis Anhörung	Anhörung bis Entscheidung
Gesamt	2,5	6,2
davon		
Afghanistan	4,0	12,6
Ägypten	1,6	19,9
Bosnien-Herzegowina	0,6	1,8
Eritrea	5,1	11,8
Georgien	1,7	8,4
Irak	4,3	11,3
Iran	4,4	11,4
Kosovo	0,6	2,6
Mazedonien	0,6	1,7
Nigeria	5,5	14,4
Pakistan	7,4	13,0
Russische Föderation	2,6	5,7
Serbien	0,5	1,5
Somalia	6,8	12,4
Syrien	1,6	3,1

5. Wie viele Verfahren im Rahmen der Dublin-Verordnung wurden im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 eingeleitet (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen die Relation zu allen Asylerstanträgen sowie die Quote der auf EURODAC-Treffern (EURODAC: europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken) basierenden Dublin-Verfahren angeben und zum Vergleich die Werte des Vorjahres nennen)?

Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

	Asylerstanträge	Übernahmeersuchen (ÜE) an die Mitgliedstaaten gesamt	Prozentualer Anteil der ÜE zu den Asylerstanträgen	Prozentualer Anteil der ÜE mit EURODAC-Treffern
4. Quartal 2014	55 320	10 969	19,8	69,3
Jahr 2014	173 072	35 115	20,3	68,5
Jahr 2013	109 580	35 280	32,2	66,7

- a) Welches waren in den benannten Zeiträumen die 15 am stärksten betroffenen Herkunftsländer, und welches die 15 am stärksten angefragten EU-Mitgliedstaaten (bitte in absoluten Werten und Prozentzahlen angeben, sowie in jedem Fall die Zahlen zu Griechenland, Zypern, Malta, Bulgarien und Ungarn nennen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2014	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Herkunftsländer		
Syrien	2 455	22,4
Kosovo	925	8,4
Afghanistan	877	8,0
Russische Föderation	684	6,2
Eritrea	412	3,8
Nigeria	391	3,6
Somalia	383	3,5
Georgien	364	3,3
Irak	343	3,1
Iran	332	3,0
Ukraine	290	2,6
Algerien	287	2,6
Pakistan	282	2,6
Ungeklärt	241	2,2
Gambia	224	2,0

4. Quartal 2014	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent
Italien	2 902	26,5
Ungarn	1 992	18,2
Bulgarien	1 452	13,2
Polen	992	9,0
Frankreich	641	5,8
Spanien	462	4,2
Schweiz	391	3,6
Belgien	389	3,5
Schweden	381	3,5
Österreich	360	3,3
Niederlande	187	1,7
Norwegen	158	1,4
Dänemark	152	1,4
Rumänien	103	0,9
Litauen	78	0,7
Malta	61	0,6
Zypern	12	0,1
Griechenland	0	0,0

Jahr 2014	Übernahmeersuchen		Jahr 2013	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent		absolut	in Prozent
Syrien	5 307	15,1	Russische Föderation	14 209	40,3
Russische Föderation	3 083	8,8	Somalia	1 902	5,4
Afghanistan	2 997	8,5	Afghanistan	1 874	5,3
Somalia	2 281	6,5	Georgien	1 772	5,0
Kosovo	1 747	5,0	Kosovo	1 515	4,3
Iran	1 380	3,9	Syrien	1 223	3,5
Georgien	1 285	3,7	Pakistan	1 056	3,0
Eritrea	1 198	3,4	Serbien	959	2,7
Nigeria	1 101	3,1	Iran	799	2,3
Algerien	1 079	3,1	Nigeria	699	2,0
Pakistan	1 006	2,9	Eritrea	633	1,8
Irak	956	2,7	Marokko	575	1,6
Marokko	824	2,3	Irak	549	1,6
Serbien	820	2,3	Mazedonien	519	1,5
Gambia	667	1,9	Algerien	507	1,4

Jahr 2014	Übernahmeersuchen		Jahr 2013	Übernahmeersuchen	
	absolut	in Prozent		absolut	in Prozent
Italien	9 102	25,9	Polen	13 902	39,4
Bulgarien	4 405	12,5	Italien	5 827	16,5
Ungarn	3 913	11,1	Belgien	2 831	8,0
Polen	3 311	9,4	Ungarn	2 441	6,9
Frankreich	2 422	6,9	Frankreich	1 741	4,9
Belgien	2 138	6,1	Schweiz	1 635	4,6
Spanien	1 851	5,3	Schweden	1 525	4,3
Schweiz	1 706	4,9	Österreich	1 259	3,6
Schweden	1 521	4,3	Spanien	865	2,5
Österreich	1 085	3,1	Niederlande	582	1,6
Niederlande	752	2,1	Norwegen	443	1,3
Norwegen	599	1,7	Dänemark	343	1,0
Dänemark	520	1,5	Bulgarien	334	0,9
Malta	322	0,9	Malta	332	0,9
Rumänien	218	0,6	Slowakische Republik	179	0,5
Zypern	53	0,2	Zypern	74	0,2
Griechenland	0	0,0	Griechenland	0	0,0

- b) Wie viele Dublin-Entscheidungen mit welchem Ergebnis (Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaats bzw. der Bundesrepublik Deutschland, Selbsteintritt, humanitäre Fälle, Familienzusammenführung usw.) gab es in den benannten Zeiträumen (bitte bei der Zahl der Selbsteintritte auch nach EU-Mitgliedstaaten und Herkunftsländer differenzieren)?

Entscheidungen über Dublin-Verfahren werden im Statistiksystem beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den in den folgenden Tabellen aufgeführten Kategorien erfasst, wobei die Angaben zum Selbsteintritt seit Beginn des Jahres 2014 für alle Mitgliedstaaten statistisch erfasst werden:

	4. Quartal 2014	Jahr 2014	Jahr 2013
Ablehnungen durch den Mitgliedstaat gesamt	3 500	10 728	4 203
davon Ablehnungen			
nach Artikel 6 Satz 2 Dublin II	3	16	20
nach Artikel 7 Dublin II	3	14	23
nach Artikel 15 Dublin II	5	22	37
nach Artikel 8 Absatz 1 Dublin III	6	9	
nach Artikel 8 Absatz 3 Dublin III		1	
nach Artikel 8 Absatz 4 Dublin III	21	41	

	4. Quartal 2014	Jahr 2014	Jahr 2013
nach Artikel 9 Dublin III	15	37	
nach Artikel 10 Dublin III	9	78	
nach Artikel 11 a) Dublin III	16	48	
nach Artikel 11 b) Dublin III	10	16	
nach Artikel 16 Absatz 1 Dublin III	5	54	
nach Artikel 16 Absatz 2 Dublin III		7	
nach Artikel 17 Abs. 1 Dublin III	7	21	
nach Artikel 17 Abs. 2 Dublin III	9	18	
nach Artikel 20 Abs. 3 Dublin III	10	37	
Zustimmungen des Mitgliedstaates gesamt	6 578	27 157	21 942
davon Zustimmungen			
nach Artikel 4 Absatz 3 Dublin II	3	98	133
nach Artikel 6 Satz 1 Dublin II		5	3
nach Artikel 7 Dublin II		6	4
nach Artikel 8 Dublin II		10	7
nach Artikel 14 a) und b) Dublin II		3	
nach Artikel 15 Dublin II		9	8
nach Artikel 8 Absatz 1 Dublin III	1	8	
nach Artikel 8 Absatz 2 Dublin III	4	5	
nach Artikel 8 Absatz 4 Dublin III	1	1	
nach Artikel 9 Dublin III	3	33	
nach Artikel 10 Dublin III	8	38	
nach Artikel 11 a) Dublin III	5	26	
nach Artikel 11 b) Dublin III	1	2	
nach Artikel 16 Abs. 1 Dublin III	10	69	
nach Artikel 16 Abs. 2 Dublin III	1	5	
nach Artikel 17 Abs. 1 Dublin III	5	7	
nach Artikel 17 Abs. 2 Dublin III		7	
nach Artikel 20 Absatz 3 Dublin III	40	138	

4. Quartal 2014		
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen		
Mitgliedstaat	Herkunftsland	Personen
Belgien	Afghanistan	4
	Albanien	4
	Bosnien-Herzegowina	3
	Nigeria	5
	Russische Föderation	2
	Somalia	1
	Ukraine	1
Belgien		20
Bulgarien	Afghanistan	1
	Syrien	9
	Ungeklärt	1
Bulgarien		11
Frankreich	Kenia	1
	Russische Föderation	1
	Turkmenistan	1
Frankreich		3
Griechenland	Afghanistan	168
	Ägypten	3
	Algerien	3
	Armenien	1
	Äthiopien	7
	Bangladesch	4
	Eritrea	7
	Indien	1
	Irak	10
	Iran	12
	Kongo, Dem. Republik	1
	Libanon	1
	Libyen	1
	Nigeria	13
	Pakistan	22
	Senegal	1
	Sierra Leone	2
	Somalia	13
	sonst. asiatische Staatsangehörige	8

4. Quartal 2014		
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen		
Mitgliedstaat	Herkunftsland	Personen
	Staatenlos	9
	Staatsangehörigkeit ohne Bezeichnung	1
	Sudan (ohne Südsudan)	2
	Syrien	283
	Ungeklärt	12
Griechenland		585
Island	Äthiopien	1
Island		1
Italien	Afghanistan	14
	Äthiopien	1
	Irak	1
	Iran	4
	Libanon	1
	Somalia	6
	sonst. asiatische Staatsangehörige	10
	Syrien	5
Italien		42
Kroatien	Sri Lanka	1
Kroatien		1
Malta	Eritrea	6
	Libyen	7
	Somalia	11
	sonst. asiatische Staatsangehörige	5
	Tschad	1
Malta		30
Niederlande	Irak	2
	Kenia	1
	Mongolei	2
Niederlande		5
Norwegen	Afghanistan	2
	Iran	2
	Kirgisistan	5
Norwegen		9
Polen	Afghanistan	4
	Irak	4

4. Quartal 2014		
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen		
Mitgliedstaat	Herkunftsland	Personen
	Russische Föderation	3
	sonst. asiatische Staatsangehörige	1
	Sudan (ohne Südsudan)	1
	Tadschikistan	1
Polen		14
Portugal	Afghanistan	1
	Ägypten	1
Portugal		2
Schweden	Kosovo	1
	Serbien	1
Schweden		2
Schweiz	Türkei	1
Schweiz		1
Spanien	Irak	7
	Kenia	1
	Libanon	4
	Nigeria	1
	Syrien	1
Spanien		14
Ungarn	Afghanistan	2
	Pakistan	1
	Syrien	1
Ungarn		4
Gesamt		744

Jahr 2014		
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen		
Mitgliedstaat	Herkunftsland	Anzahl
Belgien	Afghanistan	10
	Albanien	4
	Armenien	3
	Bosnien-Herzegowina	3
	Eritrea	1
	Guinea	2
	Kongo, Dem. Republik	1
	Libanon	3
	Nigeria	5
	Russische Föderation	11
	Somalia	4
	sonst. asiatische Staatsangehörige	1
	Staatsangehörigkeit ohne Bezeichnung	2
	Syrien	2
	Türkei	1
Ukraine	1	
Belgien		54
Bulgarien	Afghanistan	18
	Jordanien	1
	Senegal	2
	Somalia	4
	Syrien	43
	Ungeklärt	1
Bulgarien		69
Dänemark u. Färöer	Afghanistan	1
Dänemark u. Färöer		1
Frankreich	Georgien	1
	Guinea	1
	Iran	2
	Kenia	1
	Montenegro	6
	Nigeria	2
	Russische Föderation	1
	Staatenlos	1
	Syrien	1

Jahr 2014		
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen		
Mitgliedstaat	Herkunftsland	Anzahl
	Togo	1
	Turkmenistan	1
Frankreich		18
Griechenland	Afghanistan	498
	Ägypten	11
	Albanien	8
	Algerien	5
	Armenien	1
	Äthiopien	8
	Bangladesch	8
	Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire)	1
	Eritrea	13
	Gambia	1
	Georgien	12
	Indien	2
	Irak	36
	Iran	50
	Kamerun	1
	Kenia	1
	Kongo	2
	Kongo, Dem. Republik	3
	Libanon	9
	Libyen	4
	Marokko	8
	Nigeria	18
	Pakistan	95
	Russische Föderation	1
	Senegal	4
	Sierra Leone	2
	Somalia	44
	sonst. asiatische Staatsangehörige	24
	Sri Lanka	1
	Staatenlos	23
	Staatsangehörigkeit ohne Bezeichnung	1
	Sudan (ohne Südsudan)	12

Jahr 2014		
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen		
Mitgliedstaat	Herkunftsland	Anzahl
	Syrien	591
	Tunesien	1
	Ungeklärt	20
Griechenland		1.519
Großbritannien mit Nordirland	Pakistan	1
Großbritannien mit Nordirland		1
Island	Äthiopien	1
Island		1
Italien	Afghanistan	26
	Ägypten	4
	Äthiopien	3
	Eritrea	5
	Guinea-Bissau	1
	Irak	4
	Iran	14
	Libanon	2
	Nigeria	9
	Pakistan	2
	Somalia	10
	sonst. asiatische Staatsangehörige	13
	Syrien	43
	Tschad	1
	Türkei	3
	Ungeklärt	6
Italien		146
Kroatien	Sri Lanka	1
Kroatien		1
Malta	Ägypten	3
	Äthiopien	1
	Eritrea	13
	Kamerun	1
	Libyen	94
	Nigeria	3
	Somalia	64
	sonst. asiatische Staatsangehörige	11

Jahr 2014		
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen		
Mitgliedstaat	Herkunftsland	Anzahl
	Staatenlos	2
	Syrien	1
	Tschad	4
	Ungeklärt	1
Malta		198
Niederlande	Afghanistan	1
	Irak	3
	Kenia	1
	Mazedonien	1
	Mongolei	2
	Somalia	3
	Sri Lanka	1
	Syrien	1
	Weißrußland	1
Niederlande		14
Norwegen	Afghanistan	2
	Iran	3
	Kirgisistan	5
Norwegen		10
Österreich	Pakistan	2
Österreich		2
Polen	Afghanistan	4
	Ägypten	4
	Georgien	1
	Irak	5
	Iran	1
	Russische Föderation	47
	sonst. asiatische Staatsangehörige	1
	Sudan (ohne Südsudan)	1
	Syrien	12
	Tadschikistan	1
	Ukraine	2
Polen		79
Portugal	Afghanistan	1
	Ägypten	1

Jahr 2014		
Selbsteintritte oder faktische Überstellungshindernisse, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen		
Mitgliedstaat	Herkunftsland	Anzahl
	Syrien	7
Portugal		9
Rumänien	Afghanistan	1
	Syrien	8
Rumänien		9
Schweden	Afghanistan	2
	Irak	2
	Kosovo	2
	Serbien	1
Schweden		7
Schweiz	Afghanistan	1
	Syrien	2
	Türkei	1
Schweiz		4
Slowakische Republik	Somalia	1
Slowakische Republik		1
Spanien	Irak	15
	Iran	1
	Kenia	1
	Libanon	4
	Niger	1
	Nigeria	1
	Syrien	11
Spanien		34
Tschechische Republik	Syrien	2
Tschechische Republik		2
Ungarn	Afghanistan	21
	Eritrea	1
	Guinea-Bissau	1
	Irak	2
	Kosovo	3
	Pakistan	6
	Syrien	12
Ungarn		46
Gesamt		2.225

- c) Wie viele Überstellungen nach der Dublin-Verordnung wurden in den benannten Zeiträumen vollzogen (bitte in absoluten Werten und in Prozentzahlen angeben und auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und EU-Mitgliedstaaten – in jedem Fall auch Griechenland, Ungarn, Bulgarien, Zypern und Malta – differenzieren), und wie viele dieser Personen wurden unter Einschaltung des BAMF, aber ohne Durchführung eines Asylverfahrens überstellt?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2014	Überstellungen	
Herkunftsländer	absolut	in Prozent
gesamt	946	
darunter:		
Russ. Föderation	184	19,5
Somalia	56	5,9
Kosovo	44	4,7
Afghanistan	42	4,4
Pakistan	42	4,4
Guinea	41	4,3
Algerien	40	4,2
Irak	31	3,3
Marokko	29	3,1
Nigeria	29	3,1
Gambia	27	2,9
Georgien	27	2,9
Mazedonien	23	2,4
Iran	20	2,1
Mali	20	2,1

4. Quartal 2014	Überstellungen	
an Mitgliedstaaten	absolut	in Prozent
gesamt	946	
darunter:		
Italien	197	20,8
Belgien	168	17,8
Polen	159	16,8
Spanien	70	7,4
Schweiz	64	6,8
Frankreich	57	6,0

4. Quartal 2014	Überstellungen	
	absolut	in Prozent
an Mitgliedstaaten		
Ungarn	37	3,9
Schweden	36	3,8
Niederlande	31	3,3
Österreich	26	2,7
Norwegen	26	2,7
Finnland	19	2,0
Portugal	9	1,0
Bulgarien	8	0,8
Slowakische Republik	7	0,7
Malta	3	0,3
Zypern	0	0,0
Griechenland	0	0,0

Jahr 2014	Überstellungen		Jahr 2013	Überstellungen	
Herkunftsländer	absolut	in Prozent	Herkunftsländer	absolut	in Prozent
gesamt	4 772		gesamt	4 741	
darunter:			darunter:		
Russ. Föderation	1 435	30,1	Russische Föderation	2 334	49,2
Kosovo	267	5,6	Kosovo	337	7,1
Somalia	251	5,3	Afghanistan	194	4,1
Afghanistan	246	5,2	Georgien	191	4,0
Pakistan	192	4,0	Serbien	141	3,0
Georgien	166	3,5	Pakistan	124	2,6
Marokko	147	3,1	Syrien	113	2,4
Serbien	142	3,0	Tunesien	94	2,0
Algerien	141	3,0	Mazedonien	92	1,9
Mazedonien	136	2,8	Marokko	90	1,9
Guinea	116	2,4	Irak	81	1,7
Syrien	102	2,1	Algerien	80	1,7
Irak	93	1,9	Somalia	68	1,4
Iran	93	1,9	Iran	59	1,2
Tunesien	87	1,8	Nigeria	57	1,2

Jahr 2014	Überstellungen		Jahr 2013	Überstellungen	
	absolut	in Prozent		absolut	in Prozent
an Mitgliedstaaten			an Mitgliedstaaten		
gesamt	4 772		gesamt	4 741	
darunter:			darunter:		
Polen	1 218	25,5	Polen	2 234	47,1
Belgien	844	17,7	Belgien	674	14,2
Italien	782	16,4	Italien	414	8,7
Frankreich	374	7,8	Schweiz	213	4,5
Schweiz	292	6,1	Schweden	201	4,2
Österreich	225	4,7	Ungarn	197	4,2
Schweden	215	4,5	Österreich	192	4,0
Ungarn	178	3,7	Frankreich	172	3,6
Spanien	177	3,7	Spanien	136	2,9
Niederlande	109	2,3	Norwegen	67	1,4
Norwegen	93	1,9	Niederlande	56	1,2
Dänemark	47	1,0	Litauen	29	0,6
Malta	44	0,9	Dänemark	29	0,6
Finnland	28	0,6	Großbritannien	24	0,5
Portugal	22	0,5	Rumänien	18	0,4
Bulgarien	14	0,3	Bulgarien	14	0,3
Zypern	2	0,0	Malta	13	0,3
Griechenland	0	0,0	Zypern	1	0,0
			Griechenland	0	0,0

Zeitraum	Überstellungen ohne Durchführung eines Asylverfahrens
4. Quartal 2014	17
Jahr 2014	186
Jahr 2013	1 370

- d) Wie viele Dublin-Verfahren wurden durch die Bundespolizei aufgrund bilateraler Verwaltungsvereinbarungen eingeleitet bzw. wie viele entsprechende Überstellungen wurden im fraglichen Zeitraum vollzogen?

Im vierten Quartal 2014 hat die Bundespolizei in vier Fällen das Dublin-Verfahren auf Grundlage von bilateralen Verwaltungsvereinbarungen (Dänemark, Österreich, Schweiz und Tschechische Republik) eingeleitet und vier Überstellungen vollzogen. Im Jahr 2014 wurde in 19 Fällen das Dublin-Verfahren eingeleitet und wurden zwölf Überstellungen vollzogen. Im Jahr 2013 hat die Bundespolizei 123 Ersuchen an andere Staaten gestellt und 119 Überstellungen vollzogen.

- e) Wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen mit der Begründung einer Nichtzuständigkeit nach der Dublin-Verordnung abgelehnt oder eingestellt oder als unbeachtlich betrachtet, ohne dass ein Asylverfahren mit inhaltlicher Prüfung durchgeführt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben), und wie viele Asylanträge wurden als unzulässig erachtet, weil bereits in einem anderen Land ein Schutzstatus gewährt oder ein Asylprüfverfahren negativ abgeschlossen wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und weitere Angaben zu den wichtigsten Ländern und den dort gewährten Schutzstatus machen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Zeitraum	Entscheidungen gesamt				
	davon Dublin-Entscheidungen (Nichtzuständigkeit)				
			davon unzulässig (nach § 27a AsylVfG)	davon Einstellungen	davon kein weiteres Verfahren durchzuführen
4. Quartal 2014	43 066	5 337	5 324	11	2
Jahr 2014	128 911	23 413	23 056	195	162
Jahr 2013	80 978	15 944	15 186	437	321

Zeitraum	Entscheidungen gesamt	davon Schutz im Mitgliedstaat
4. Quartal 2014	43 066	1 154
Jahr 2014	128 911	2 511
Jahr 2013	80 978	142

Die Entscheidungen über die Gewährung eines Schutzstatus in einem anderen Land werden unabhängig davon getroffen, ob ein Dublin-Verfahren durchgeführt wird. Deshalb ist die Zuordnung zu einem Land nicht möglich.

- f) In wie vielen Fällen wurde in den genannten Zeiträumen bei Asylsuchenden festgestellt, dass eigentlich Griechenland nach der Dublin-Verordnung zuständig wäre (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenziert angeben)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
4. Quartal 2014	
Herkunftsländer gesamt	585
darunter:	
Syrien	283
Afghanistan	168
Pakistan	22
Somalia	13

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
4. Quartal 2014	
Nigeria	13
Iran	12
Ungeklärt	12
Irak	10
Staatenlos	9
sonstige asiatische Staatsangehörige	8

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
Jahr 2014	
Herkunftsländer gesamt	1 519
darunter:	
Syrien	591
Afghanistan	498
Pakistan	95
Iran	50
Somalia	44
Irak	36
sonstige asiatische Staatsangehörige	24
Staatenlos	23
Ungeklärt	20
Nigeria	18

Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands	
Jahr 2013	
Herkunftsländer gesamt	3 879
darunter:	
Afghanistan	1 385
Syrien	1 237
Pakistan	304
Irak	196
Iran	173
Nigeria	50
Somalia	50
Algerien	46
sonstige asiatische Staatsangehörige	29
Marokko	28

- g) Wie viele Übernahmersuchen, Zustimmungen bzw. Überstellungen (bitte differenzieren) im Rahmen des Dublin-Systems gab es in den genannten Zeiträumen durch bzw. an Deutschland (bitte auch nach Ländern differenzieren und die jeweiligen Überstellungsquoten nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Etwaige Überstellungsquoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweils erfolgten Überstellungen zu den jeweiligen Zustimmungen.

4. Quartal 2014	Übernahmersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Österreich	360	163	26	71	49	27
Belgien	389	356	168	103	99	32
Bulgarien	1 452	360	8	3	2	1
Schweiz	391	158	64	123	100	81
Zypern	12	10		10	8	10
Tschechische Republik	43	43	1	5	3	
Dänemark	152	100	6	84	66	44
Estland	2	4				
Spanien	462	381	70		3	
Finnland	29	8	19	34	26	13
Frankreich	641	428	57	221	135	74
Griechenland				110	95	119
Kroatien	19	25	2			
Ungarn	1 992	1 492	37	4	3	
Irland	1			2	2	2
Island	2	1				
Italien	2 902	1 495	197	20	19	
Liechtenstein	2			1	1	
Litauen	78	50	6	2		
Luxemburg	12	13	5	19	16	9
Lettland	19	28	3			
Malta	61	46	3			
Niederlande	187	117	31	175	162	28
Norwegen	158	93	26	64	53	46
Polen	992	874	159	15	8	14
Portugal	10	15	9	1	1	
Rumänien	103	42	1	4	1	1
Schweden	381	217	36	279	212	150
Slowenien	29	26	2			

4. Quartal 2014	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Slowakische Republik	55	25	7	1		
Vereinigtes Königreich	33	8	3	35	22	5
Gesamt	10 969	6 578	946	1 386	1 086	656

Jahr 2014	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Österreich	1 085	619	225	251	191	84
Belgien	2 138	2 147	844	321	285	135
Bulgarien	4 405	1 177	14	13	6	4
Schweiz	1 706	879	292	548	446	241
Zypern	53	58	2	24	19	17
Tschechische Republik	164	138	8	12	8	8
Dänemark	520	314	47	243	211	128
Estland	9	7				
Spanien	1 851	1 523	177	10	10	3
Finnland	108	55	28	99	95	62
Frankreich	2 422	1 798	374	818	512	167
Griechenland				462	435	460
Kroatien	61	58	9	3	1	
Ungarn	3 913	3 282	178	34	24	10
Irland	2			3	3	2
Island	6	1		7	6	
Italien	9 102	8 082	782	51	34	2
Liechtenstein	3	1		1	1	4
Litauen	172	159	17	7	2	2
Luxemburg	98	67	18	55	47	23
Lettland	94	95	5			
Malta	322	361	44	1		1
Niederlande	752	481	109	570	543	156
Norwegen	599	385	93	269	230	205
Polen	3 311	4 161	1 218	60	38	26
Portugal	94	108	22	6	6	3
Rumänien	218	87	4	15	11	6

Jahr 2014	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Schweden	1 521	863	215	1 084	925	483
Slowenien	81	61	5	3	2	2
Slowakische Republik	163	126	20	2	1	2
Vereinigtes Königreich	142	64	22	119	85	39
Gesamt	35 115	27 157	4 772	5 091	4 177	2 275

Jahr 2013	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Österreich	1 259	700	192	155	123	49
Belgien	2 831	2 150	674	281	238	93
Bulgarien	334	150	14	28	12	4
Schweiz	1 635	627	213	548	432	242
Zypern	74	26	1	1	1	
Tschechische Republik	71	42	6	22	20	16
Dänemark	343	118	29	201	163	98
Estland	8	6				
Spanien	865	505	136	9	9	2
Finnland	88	22	6	79	62	35
Frankreich	1 741	960	172	634	365	85
Griechenland				560	507	398
Kroatien	7	7	1	4	1	1
Ungarn	2 441	1 497	197	10	5	4
Irland	13	6	4	4	3	1
Island	5	1				3
Italien	5 827	2 330	414	22	15	1
Liechtenstein	1			3	2	
Litauen	172	97	29	2	3	2
Luxemburg	115	38	5	36	28	17
Lettland	61	45	7			
Malta	332	205	13	2	1	
Niederlande	582	290	56	277	258	122
Norwegen	443	190	67	238	193	84
Polen	13 902	11 058	2 234	42	40	35

Jahr 2013	Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten			Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten		
	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen	Übernahmeersuchen	Zustimmungen	erfolgte Überstellungen
Portugal	68	40	11	1	1	2
Rumänien	140	61	18	2	1	2
Schweden	1 525	614	201	1 014	950	509
Slowenien	72	38	4	7	3	1
Slowakische Republik	179	65	13	13	4	1
Vereinigtes Königreich	146	54	24	187	163	97
Gesamt	35 280	21 942	4 741	4 382	3 603	1 904

- h) Warum gibt es nur vergleichsweise wenige Dublin-Verfahren (im dritten Quartal 2014 waren es weniger als 17 Prozent in Relation zu allen Asylersuchen), obwohl doch eine überwiegende Mehrheit aller in Deutschland um Asyl Nachsuchenden über andere EU-Mitgliedstaaten eingereist sein muss (Ausnahme: Einreise aus Drittstaaten auf dem Luft- oder Seeweg), und welche Erkenntnisse, Daten oder Einschätzungen fachkundiger Bediensteter des BAMF liegen dazu vor, wie viele Asylsuchende über Luft, See- oder Landesgrenzen eingereist sind, wie viele von ihnen legal oder illegal eingereist sind, wie viele mit gefälschten Reisepapieren, mit (zu Recht oder Unrecht erteilten – bitte differenzieren) Visa eingereist sind, wie viele über andere EU-Mitgliedstaaten einreisten usw.?

Der Anteil der Dublin-Verfahren lag im Jahr 2014 bei ca. 20,3 Prozent, im Jahr 2013 bei ca. 32,2 Prozent. Der Grund für den gesunkenen Anteil der Dublin-Verfahren im Jahr 2014 dürfte darin liegen, dass mit der Anwendbarkeit der Dublin-III-VO ab dem 1. Januar 2014 diejenigen Fälle aus dem Anwendungsbereich der Dublin-III-VO gefallen sind, in denen zuvor in einem anderen Mitgliedstaat internationaler Schutz (d. h. Flüchtlingsschutz nach der GFK als auch europarechtlicher subsidiärer Schutz) gewährt wurde. Anders als bei Dublin II ist die Dublin-III-VO nicht anwendbar, sofern dem Ausländer in einem anderen Mitgliedstaat subsidiärer Schutz gewährt wurde und dieser Ausländer in einem weiteren Mitgliedstaat einen Asylantrag stellt.

Nach Artikel 2b der Dublin-III-VO ist der Antrag auf internationalen Schutz inhaltsgleich mit Artikel 2h der EU-Flüchtlingsschutz-Richtlinien. In Artikel 2h dieser Richtlinie ist geregelt, dass ein Antrag auf internationalen Schutz auch die Beantragung der Feststellung subsidiären Schutzes beinhaltet. Dies wurde in § 13 Absatz 1 AsylVfG auch entsprechend im nationalen Recht geregelt. Wurde einem Schutzsuchenden in einem Mitgliedstaat subsidiärer Schutz gewährt, so kann nicht mehr von einer Ablehnung des Asylantrages gesprochen werden. Demnach gibt es keine Verpflichtung dieses Mitgliedstaats auf Wiederaufnahme des Schutzsuchenden aus der Dublin-III-VO. Eine Verpflichtung auf Wiederaufnahme besteht nur, sofern der Antrag abgelehnt wurde (Artikel 18 Absatz 1d Dublin-III-VO). Da das Dublin-Verfahren in diesen Fällen nicht anwendbar ist, muss über den weiteren Asylantrag im nationalen Verfahren entschieden werden. Nach Artikel 33 Absatz 2 a der EU-Verfahrensrichtlinie können solche Anträge als unzulässig betrachtet werden. Demnach wird in diesen Fällen in Deutschland die sog. Drittstaatenregelung nach den §§ 26a, 34a AsylVfG angewandt, d. h. der Ausländer erhält eine Abschiebungsanordnung in den Mitgliedstaat, der als sicherer Drittstaat anzusehen ist.

Im Jahr 2013 wurden vom BAMF insgesamt 142 Drittstaatenbescheide nach den §§ 26a, 24a AsylVfG erstellt, im Jahr 2014 waren es insgesamt 2 511 (vgl. Antwort zu Frage 5e).

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 97 979 Dokumente von Asylbewerbern bei der Asylantragstellung vorgelegt. Davon wurde bei insgesamt 9 247 Dokumenten eine physikalisch-technische Untersuchung durchgeführt. Cirka 7 Prozent der Dokumente wurden beanstandet.

Im Jahr 2014 wurden 5 952 VIS-Treffer für Antragsteller erzielt, die mit Visum eingereist sind, darunter waren 793 Personen mit deutschem Visum. Weitere Erkenntnisse im Sinne der Frage liegen nicht vor.

6. Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 (bitte zum Vergleich auch die Werte Vorjahres nennen) nach § 14a Absatz 2 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder von Asylsuchenden gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Im vierten Quartal 2014 lag die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren bei 87,7 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 70,7 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 29,7 Prozent. Die sogenannte bereinigte Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im vierten Quartal 2014 bei 89,9 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 73,3 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 40,8 Prozent.

Im Jahr 2014 lag die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren bei 77,1 Prozent (2013: 61,2 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 62,7 Prozent (2013: 46,0 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 31,4 Prozent (2013: 24,2 Prozent). Die sogenannte bereinigte Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2014 bei 81,1 Prozent (2013: 64,8 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 66,4 Prozent (2013: 49,8 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 45,5 Prozent (2013: 39,2 Prozent).

Die weiteren Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben. Bei Anträgen nach § 14a Absatz 2 AsylVfG, die nur Kinder unter 16 Jahre betreffen, kann statistisch nicht ausgewertet werden, ob ein Kind hier geboren oder eingereist ist.

4. Quartal 2014			
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		55 320	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	16 831	30,4 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	14 724	26,6 %
	unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	262	0,5 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylVfG	1 008	1,8 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	2 107	3,8 %
	unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	1 107	1,8 %

		Jahr 2014		Jahr 2013	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt	absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		173 072		109 580	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	54 996	31,8 %	38 799	35,4 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	48 370	27,9 %	34 656	31,6 %
	unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	1 008	0,6 %	638	0,6 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylVfG	4 728	2,7 %	2 951	2,7 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	6 626	3,8 %	4 143	3,8 %
	unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	3 391	2,0 %	1 847	1,7 %

7. Wie viele unbegleitete Minderjährige (d. h. unter 18-Jährige) haben im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 einen Asylerstantrag gestellt (bitte nach den wichtigsten Herkunftsländern und Bundesländern aufgliedern), und wie hoch war die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen im genannten Zeitraum (bitte nach verschiedenen Schutzstatus und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
4. Quartal 2014	
Herkunftsländer gesamt	1 279
darunter	
Afghanistan	329
Eritrea	270
Syrien	243
Somalia	133
Irak	53
Ägypten	27
Ungeklärt	22
Gambia	21
Guinea	20
Nigeria	12

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
4. Quartal 2014	
Bundesländer gesamt	1 279
davon	
Baden-Württemberg	66
Bayern	394
Berlin	48
Brandenburg	8
Bremen	8
Hamburg	108
Hessen	157
Mecklenburg-Vorpommern	8
Niedersachsen	72
Nordrhein-Westfalen	251

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
4. Quartal 2014	
Rheinland-Pfalz	49
Saarland	50
Sachsen	14
Sachsen-Anhalt	9
Schleswig-Holstein	31
Thüringen	6

	Entscheidungen über Erstanträge*				
	insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylVfG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylVfG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG
4. Quartal 2014	377	9	224	37	57
darunter					
Afghanistan	95	–	32	5	47
Eritrea	45	1	20	21	1
Syrien	124	7	115	1	–
Somalia	19	–	5	7	2
Irak	39	1	38	–	–
Ägypten	–	–	–	–	–
Ungeklärt	7	–	5	–	–
Gambia	1	–	–	–	–
Guinea	2	–	1	1	–
Nigeria	2	–	–	1	1

* Etwaige Quoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweiligen Einzelentscheidungen zu allen Entscheidungen.

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Jahr 2014	
Herkunftsländer gesamt	4 399
darunter	
Afghanistan	1 052
Eritrea	922
Syrien	657
Somalia	568

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Jahr 2014	
Irak	147
Ägypten	144
Guinea	88
Gambia	63
Ungeklärt	57
Marokko	55

	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Jahr 2014	
Bundesländer gesamt	4 399
davon	
Baden-Württemberg	339
Bayern	1 167
Berlin	191
Brandenburg	31
Bremen	29
Hamburg	480
Hessen	722
Mecklenburg- Vorpommern	12
Niedersachsen	278
Nordrhein-Westfalen	670
Rheinland-Pfalz	145
Saarland	174
Sachsen	37
Sachsen-Anhalt	26
Schleswig-Holstein	80
Thüringen	18

	Entscheidungen über Erstanträge*				
	insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylVfG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylVfG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG
Jahr 2014	1 544	18	669	214	228
darunter					
Afghanistan	487	1	163	42	179
Eritrea	127	3	68	50	4
Syrien	366	10	290	62	
Somalia	104	1	24	34	11
Irak	88	1	71	3	1
Ägypten	55	1	1	–	–
Guinea	16	–	4	1	4
Gambia	4	–	–	–	–
Ungeklärt	17	–	7	6	–
Marokko	32	–	–	–	1

* Etwaige Quoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweiligen Einzelentscheidungen zu allen Entscheidungen.

8. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, und wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben für das vierte Quartal 2014 und das Gesamtjahr 2014 können den folgenden Tabellen entnommen werden, wobei nur Daten zu Minderjährigen unter 16 Jahren im Sinne von § 80 AufenthG bzw. § 12 AsylVfG erfasst werden. Die Bundespolizeidirektionen erfassen statistisch nur Daten zu unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren:

4. Quartal 2014 nach Grenze	Anzahl	davon zurückgewiesen	davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	388	1	11	370
Österreich	225	0	0	219
Frankreich	85	0	0	85
Belgien	30	0	5	25
Schweiz	12	0	0	12
Niederlande	11	0	6	5
Dänemark	9	0	0	9
Flughäfen	9	1	0	8
Luxemburg	4	0	0	4

4. Quartal 2014 nach Grenze	Anzahl	davon zurückgewiesen	davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Seehäfen	2	0	0	2
Tschechische Republik	1	0	0	1

4. Quartal 2014 nach Staatsangehörigkeit	Anzahl	davon zurückgewiesen	davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Afghanistan	256	0	4	247
Syrien	32	0	2	30
Marokko	24	0	1	23
Somalia	23	0	0	23
Algerien	8	0	1	7
Eritrea	8	0	0	8

Jahr 2014 nach Grenze	Anzahl	davon zurückgewiesen	davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	1 087	1	27	1 034
Österreich	540	0	1	526
Frankreich	287	0	0	286
Belgien	82	0	8	74
Niederlande	62	0	18	40
Schweiz	46	0	0	46
Flughäfen	33	1	0	27
Dänemark	20	0	0	20
Tschechische Republik	7	0	0	7
Luxemburg	5	0	0	5
Polen	3	0	0	1
Seehäfen	2	0	0	2

Jahr 2014 nach Staatsangehörigkeit	Anzahl	davon zurückgewiesen	davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Afghanistan	536	0	5	522
Eritrea	171	0	8	163
Somalia	91	0	1	88
Syrien	73	0	2	71
Marokko	66	0	3	63

Etwaige Differenzen zwischen der Zahl der Aufgegriffenen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa die Übergabe an zur Abholung berechnete Personen.

9. Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2014	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	15 298	13 183	86,2 %
darunter			
Syrien	1	0	0,0 %
Serbien	6 642	6 530	98,3 %
Kosovo	424	381	89,9 %
Eritrea	5	1	20,0 %
Afghanistan	329	9	2,7 %
Albanien	487	410	84,2 %
Irak	9	3	33,3 %
Bosnien-Herzegowina	1 887	1 851	98,1 %
Ukraine	3	1	33,3 %
Mazedonien	2 646	2 542	96,1 %
Ungeklärt	51	37	72,5 %
Somalia	61	14	23,0 %
Nigeria	55	24	43,6 %
Pakistan	411	96	23,4 %
Russische Föderation	354	65	18,4 %

Jahr 2014	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	43 018	32 601	75,8 %
darunter			
Syrien	19	8	42,1 %
Serbien	13 714	13 015	94,9 %
Eritrea	16	4	25,0 %
Afghanistan	1 569	62	4,0 %
Albanien	2 831	2 463	87,0 %
Kosovo	1 812	1 495	82,5 %
Bosnien-Herzegowina	3 992	3 701	92,7 %
Mazedonien	5 565	5 178	93,0 %
Somalia	303	37	12,2 %
Irak	432	46	10,6 %
Russische Föderation	1 341	329	24,5 %
Pakistan	1 428	288	20,2 %
Nigeria	229	139	60,7 %
Ungeklärt	312	238	76,3 %
Iran	759	14	1,8 %

10. Welche aktuellen Einschätzungen fachkundiger Bediensteter des BAMF oder Erkenntnisse liegen dazu vor, wie viele der Folgeantragsteller (in absoluten und relativen Zahlen, hilfsweise geschätzt) zwischenzeitlich ins Herkunftsland bzw. in einen anderen EU-Mitgliedstaat ausgewandert sind bzw. wie viele nach einer Ablehnung in Deutschland verblieben sind?

Valide Angaben im Sinne der Frage liegen nicht vor, da im Rahmen des Asylverfahrens die in der Frage genannten Angaben statistisch nicht erfasst werden. Eine händische Auswertung aller ca. 30 000 betroffenen Asylakten aber wäre zu aufwendig. Auch können keine belastbaren Einschätzungen durch fachkundige Bedienstete vorgenommen werden.

Auswertungen von Daten des Ausländerzentralregisters lassen allenfalls grobe Tendenzaussagen zu Teilaspekten der Frage zu. Danach sind von den Personen, die mit einem im Jahr 2014 gestellten Asylfolgeantrag erfasst sind, etwa die Hälfte im Jahr 2014 erneut nach Deutschland eingereist, nachdem sie bereits bei einem früheren Aufenthalt in Deutschland einen Asylerstantrag gestellt hatten. Bei Folgeantragstellern aus den Westbalkanstaaten liegt dieser Anteil insgesamt bei mehr als zwei Dritteln.

11. Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2014			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
	171	151	19	0
Davon				
Frankfurt	169	150	18	0
München	2	1	1	0

			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
4. Quartal 2014	171	151	19	0
darunter:				
Syrien	54	54	–	–
Afghanistan	24	24	–	–
Kongo, Dem. Republik	14	7	5	–
Sri Lanka	10	10	–	–
Iran	9	9	–	–
Eritrea	7	7	–	–
Somalia	7	7	–	–
Irak	7	7	–	–
sonst. asiat. Staatsangeh.	7	1	6	–
Ghana	5	1	4	–

Jahr 2014			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
	643	539	56	0
Davon				
Frankfurt	569	505	55	0
Düsseldorf	69	32	0	0
Berlin	3	1	0	0
München	2	1	1	0

Herkunftsland	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
			offens. unbegründet	eingestellt
Jahr 2014	643	539	56	0
darunter:				
Syrien	178	167	–	–
Afghanistan	96	84	–	–
Iran	52	48	–	–
Somalia	43	41	–	–
Kongo, Dem. Republik	35	20	13	–
Irak	27	26	–	–
Sri Lanka	22	20	1	–
Pakistan	19	15	–	–
sonst. asiat. Staatsangeh.	19	12	7	–
Ägypten	16	16	–	–

Im vierten Quartal wurden am Flughafen Frankfurt/Main zwei unbegleitete Antragsteller unter 18 Jahren aus Syrien und dem Iran erfasst. Bei beiden Personen erfolgte eine Mitteilung nach § 18a VI AsylVfG. Bei den anderen Flughäfen gab es keine Feststellungen.

Im Jahr 2014 wurden am Flughafen Frankfurt/Main insgesamt 18 unbegleitete Antragsteller unter 18 Jahren erfasst. Bei 16 Personen erfolgte eine Mitteilung nach § 18a VI AsylVfG. Angaben zu den Herkunftsländern entnehmen Sie der Tabelle.

Bei den anderen Flughäfen gab es keine Feststellungen.

Unbegleitete Antragsteller unter 18 Jahre	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
			offens. unbegründet	eingestellt
Jahr 2014	18	16	–	–
davon:				
Somalia	4	2	–	–
Afghanistan	4	4	–	–
Syrien	3	3	–	–
Kongo, Dem. Republik	2	2	–	–
Angola	1	1	–	–
Eritrea	1	1	–	–
Ruanda	1	1	–	–
Irak	1	1	–	–
Iran	1	1	–	–

12. Wie lautet die Statistik zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das bisherige Jahr 2014 (bitte wie auf Bundestagsdrucksache 18/3055 zu Frage 11 darstellen, bitte zusätzlich noch Angaben zur Gerichtsstatistik in Bezug auf Dublin-Verfahren für die Jahre 2013 und 2014 machen, differenziert nach den Zielstaaten der Überstellung; vgl. Angabe des Präsidenten des BAMF Dr. Manfred Schmidt in „Die Stimmung kann kippen“, www.stern.de vom 4. Dezember 2014: „17 Prozent der [Dublin-]Verfahren dort [beim Verwaltungsgericht] verliere ich“), und welche Angaben zur Dauer des gerichtlichen Verfahrens (differenziert nach Erst-, Folge-, Widerrufs- und Dublin-Verfahren) lassen sich machen?

Die Angaben können, soweit bereits vorliegend, den folgenden Tabellen entnommen werden:

Erst- und Folgeanträge											
Januar– Oktober 2014	Klagen, Berufungen, Revisionen	Gerichtsentscheidungen									anhän- gige Rechts- mittel
		Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flücht- lings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschie- bungs- verbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrenser- ledigungen (z.B. Rücknahmen)			
						absolut	in %	absolut	in %		
Herkunfts- länder gesamt	44 097	34 001	82	2 292	268	922	7 769	22,8	22 668	66,7	44 735
darunter											
Serbien	7 620	6 967	0	18	1	37	1 937	27,8	4 974	71,4	6 096
Russ. Föd.	3 495	4 086	4	32	4	9	243	5,9	3 794	92,9	5 238
Mazedonien	3 345	3 393	0	1	0	26	1 073	31,6	2 293	67,6	3 071
Syrien	3 275	2 273	34	888	3	0	114	5,0	1 234	54,3	2 711
Afghanistan	3 063	2 652	11	293	147	497	523	19,7	1 181	44,5	4 017
Somalia	2 177	727	0	35	56	5	43	5,9	588	80,9	2 069
Kosovo	1 898	1 600	0	0	0	23	456	28,5	1 121	70,1	1 792
Albanien	1 833	712	0	0	0	11	288	40,4	413	58,0	1 379
Bosn.- Herzeg.	1 741	1 579	0	0	0	19	426	27,0	1 134	71,8	1 401
Iran	1 622	1 255	8	253	10	10	227	18,1	747	59,5	1 672
Pakistan	1 603	1 085	3	295	9	16	284	26,2	478	44,1	1 840
Georgien	1 070	657	0	0	0	4	102	15,5	551	83,9	994
Irak	803	1 171	0	113	19	60	360	30,7	619	52,9	1 157
Eritrea	739	299	1	29	0	2	2	0,7	265	88,6	598
Nigeria	709	382	1	9	2	44	119	31,2	207	54,2	804

Widerrufsverfahren									
Januar– Oktober 2014	eingelegte Klagen, Be- rufungen, Revisionen	Gerichtsentscheidungen							anhängige Rechts- mittel
		Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft/ subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrens- erledigungen (z.B. Rücknahmen)			
		absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent		
Herkunfts- länder gesamt	281	248	79	31,9	71	28,6	98	39,5	478
darunter									
Afghanis- tan	19	21	6	28,6	5	23,8	10	47,6	47
Angola	5	1	0	0,0	1	100,0	0	0,0	15
Armenien	9	4	1	25,0	2	50,0	1	25,0	9
Äthiopien	3	1	1	100,0	0	0,0	0	0,0	4
China	3	0	0		0		0		5
Eritrea	5	0	0		0		0		5
Irak	37	42	14	33,3	11	26,2	17	40,5	91
Iran	13	10	3	30,0	3	30,0	4	40,0	18
Kongo, Dem. Rep.	4	0	0		0		0		10
Kosovo	55	19	8	42,1	0	0,0	11	57,9	58
Marokko	3	1	1	100,0	0	0,0	0	0,0	3
Russ. Föd.	3	5	2	40,0	0	0,0	3	60,0	12
Sri Lanka	20	20	7	35,0	9	45,0	4	20,0	19
Syrien	18	15	2	13,3	5	33,3	8	53,3	15
Togo	3	2	1	50,0	1	50,0	0	0,0	10

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
Jan.–Oktober 2014	8,6	22,0

Erst- und Folgeanträge mit Dublin-Entscheidungen											
Januar– Oktober 2014	Klagen, Berufun- gen, Revisio- nen gegen Dublin- Entschei- dungen	Gerichtsentscheidungen gegen Dublin-Entscheidungen									anhän- gige Rechts- mittel
			Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flücht- lings- schutz	subsi- diärer Schutz	Abschie- bungs- verbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrens- erledigungen (z. B. Rücknahmen)		
							absolut	in %	absolut	in %	
Her- kunfts- länder gesamt	12 947	5 818	0	13	1	4	24	0,4	5 776	99,3	12 168
darunter											
Afgha- nistan	1 288	358	0	4	0	4	1	0,3	349	97,5	1 290
Albanien	64	46	0	0	0	0	0	0,0	46	100,0	42
Bosn.- Herzeg.	69	46	0	0	0	0	0	0,0	46	100,0	45
Eritrea	467	133	0	0	0	0	0	0,0	133	100,0	382
Georgien	590	339	0	0	0	0	0	0,0	339	100,0	540
Irak	323	111	0	0	0	0	1	0,9	110	99,1	271
Iran	690	265	0	0	0	0	0	0,0	265	100,0	523
Kosovo	534	349	0	0	0	0	1	0,3	348	99,7	427
Mazedo- nien	151	80	0	0	0	0	0	0,0	80	100,0	142
Nigeria	499	82	0	0	0	0	2	2,4	80	97,6	472
Pakistan	500	239	0	0	0	0	0	0,0	239	100,0	365
Russ.Föd	2 019	2 187	0	0	0	0	4	0,2	2 183	99,8	2 667
Serbien	252	136	0	0	0	0	0	0,0	136	100,0	187
Somalia	1 278	304	0	0	1	0	2	0,7	301	99,0	1 112
Syrien	578	160	0	9	0	0	0	0,0	151	94,4	573

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten	
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge mit Dublin-Entscheidungen
Jan.–Oktober 2014	5,8

Entsprechende Angaben für 2013 in Bezug auf Dublin-Verfahren können rückwirkend nicht mehr ermittelt werden.

13. Wie viele Asyl-Anhörungen gab es im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und Vergleichswerte des Vorjahres nennen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Anhörungen im 4. Quartal 2014	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	11 879
darunter	
Syrien	1 859
Serbien	3 165
Kosovo	460
Eritrea	605
Afghanistan	482
Albanien	446
Irak	290
Bosnien-Herzegowina	846
Ukraine	18
Mazedonien	954
Ungeklärt	173
Somalia	183
Nigeria	52
Pakistan	179
Russische Föderation	164

Anhörungen 2014	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	50 337
darunter	
Syrien	10 155
Serbien	8 308
Eritrea	1 864
Afghanistan	2 668

Anhörungen 2014	Anzahl
Albanien	3 421
Kosovo	1 846
Bosnien-Herzegowina	2 546
Mazedonien	3 225
Somalia	968
Irak	1 263
Russische Föderation	1 502
Pakistan	1 124
Nigeria	213
Ungeklärt	811
Iran	1 478

Anhörungen 2013	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	46 409
darunter	
Russische Föderation	2 752
Syrien	7 068
Serbien	6 232
Afghanistan	3 850
Mazedonien	3 656
Iran	2 779
Pakistan	1 927
Irak	1 667
Somalia	1 083
Eritrea	591
Kosovo	1 788
Bosnien-Herzegowina	1 650
Georgien	777
Ägypten	327
Nigeria	367

14. Wie waren die Schutzquoten und die Zahl der Schutzgesuche bei Asylsuchenden aus Tunesien, Ägypten, Marokko, Syrien und Libyen im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 bzw. im Vorjahr?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Herkunftsland	4. Quartal 2014			
	Erstanträge	Folgeanträge	Gesamtzuschutz	
			absolut	In Prozent
Ägypten	256	13	10	11,5
Libyen	173	9	31	44,9
Marokko	378	25	3	1,1
Syrien	15 327	464	10 074	88,7
Tunesien	164	21	1	0,5

Herkunftsland	2014				2013			
	Erst- anträge	Folge- anträge	Gesamtzuschutz		Erst- anträge	Folge- anträge	Gesamtzuschutz	
			absolut	In Pro- zent			absolut	In Pro- zent
Ägypten	1 014	55	94	16,2	2 133	14	88	26,9
Libyen	602	28	120	33,7	346	12	16	11,9
Marokko	1 537	78	12	1,0	1 191	41	7	1,2
Syrien	39 332	1 768	23 859	89,3	11 851	1 012	8 702	94,2
Tunesien	676	96	2	0,2	597	43	5	1,6

15. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Staatsangehörigen aus Serbien, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina in den Monaten Oktober, November, Dezember 2014 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge in diesen Monaten jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Asylanträge Oktober 2014				Entscheidungen über Asylanträge Oktober 2014						
Her- kunfts- land	Asyl- anträge gesamt	davon Erst- anträge	davon Folge- anträge	insge- samt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewäh- rung von Flüchtl.- schutz gem. § 3 I AsylVfG	Gewäh- rung von subsidi- ärem Schutz gem. § 4 I AsylVfG	Feststellung eines Abschie- bungs- verbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfah- rens- erledi- gungen
Albanien	621	593	28	206	–	–	6	–	128	72
dar. Roma	117	110	7	46	–	–	–	–	33	13
Bosn.- Herzeg.	969	626	343	974	–	–	–	3	649	322
dar. Roma	567	278	289	662	–	–	–	1	403	258
Monte- negro	135	105	30	85	–	–	–	–	61	24
dar. Roma	75	52	23	70	–	–	–	–	50	20

Asylanträge Oktober 2014				Entscheidungen über Asylanträge Oktober 2014						
Her- kunfts- land	Asyl- anträge gesamt	davon Erst- anträge	davon Folge- anträge	insge- samt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewäh- rung von Flüchtl.- schutz gem. § 3 I AsylVfG	Gewäh- rung von subsi- diärem Schutz gem. § 4 I AsylVfG	Feststellung eines Abschie- bungs- verbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sons- tige Verfah- rens- erledi- gungen
Mazedo- nien	950	581	369	1.232	–	–	–	3	910	319
dar. Roma	702	385	317	898	–	–	–	3	630	265
Serbien	3 122	1 962	1 160	3 166	–	–	4	2	2 106	1 054
dar. Roma	2 841	1 744	1 097	2 891	–	–	3	1	1 891	996

Asylanträge November 2014				Entscheidungen über Asylanträge November 2014						
Her- kunfts- land	Asyl- anträge gesamt	davon Erst- anträge	davon Folge- anträge	insge- samt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewäh- rung von Flüchtl.- schutz gem. § 3 I AsylVfG	Gewäh- rung von subsi- diärem Schutzgem § 4 I AsylVfG	Feststellung eines Ab- schie- bungs- verbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sons- tige Verfah- rens- erledi- gungen
Albanien	899	857	42	246	–	2	1	–	178	65
dar. Roma	207	200	7	40	–	–	–	–	29	11
Bosn.- Herzeg.	951	563	388	1 016	–	–	–	1	704	311
dar. Roma	589	267	322	567	–	–	–	–	321	246
Monte- negro	97	63	34	104	–	–	–	–	90	14
dar. Roma	62	32	30	71	–	–	–	–	57	14
Mazedo- nien	926	599	327	1 245	–	–	–	2	921	322
dar. Roma	621	385	236	854	–	–	–	1	578	275
Serbien	3 570	2 080	1 490	3 408	–	–	–	3	2 356	1 049
dar. Roma	3 251	1 827	1 424	3 082	–	–	–	2	2 096	984

Asylanträge Dezember 2014				Entscheidungen über Asylanträge Dezember 2014							
Herkunftsland	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 I AsylVfG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylVfG	Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen	
Albanien	940	888	52	243	–	–	4	–	182	57	
dar. Roma	247	233	14	71	–	–	–	–	60	11	
Bosn.-Herzeg.	776	447	329	857	–	–	–	2	538	317	
dar. Roma	438	175	263	488	–	–	–	–	245	243	
Montenegro	70	30	40	109	–	–	–	–	93	16	
dar. Roma	55	27	28	43	–	–	–	–	32	11	
Mazedonien	689	363	326	1 212	–	–	–	2	816	394	
dar. Roma	475	206	269	900	–	–	–	2	574	324	
Serbien	3 369	1 890	1 479	3 150	–	–	–	5	2 189	956	
dar. Roma	3 115	1 683	1 432	2 884	–	–	–	5	1 975	904	

16. Wie sind die bisherigen Erfahrungen mit den Auswirkungen der Einstufung der drei Westbalkanländer Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten?
- a) Wie haben sich – etwa im Vergleich zum Monat vor Inkrafttreten der Regelung – die Antragszahlen, die Zeitdauer der Anhörung, die Dauer der entsprechenden Asylverfahren usw. entwickelt (bitte so genau wie möglich darlegen)?

Die Zahlen der Asylerst- und Folgeantragsteller aus Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina liegen auf hohem Niveau (Oktober 2014: 5 041, November 2014: 5 447, Dezember 2014: 4 834). Auch wenn die Zeitdauer der Anhörung statistisch nicht ausgewertet wird, kann nach grober Schätzung von einer durchschnittlichen Verkürzung der Anhörungsdauer um rund 10 Minuten auf rund 50 Minuten ausgegangen werden. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Erst- und Folgeantragstellern im vierten Quartal 2014 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	Okt. 14	Nov. 14	Dez. 14
Serbien	4,7	4,7	3,8
Mazedonien	6,5	6,9	5,5
Bosnien-Herzegowina	4,5	4,8	4,1

Gleichzeitig waren zum Jahresende noch 20 716 Verfahren aus Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina anhängig, die ebenfalls zu entscheiden sind,

so dass sich belastbare Aussagen zu einer dauerhaften Verkürzung der durchschnittlichen Verfahrensdauer erst mittelfristig bzw. nach Entscheidung dieser älteren Verfahren treffen lassen.

- b) Anhand welcher Kriterien, Kennziffern und Umstände wird im BAMF die Frage evaluiert bzw. geprüft, welche Auswirkungen die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten hat?

Sowohl die Entwicklung der Antragszahlen als auch die durchschnittliche Verfahrensdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung stehen unter besonderer Beobachtung des BAMF.

- c) Haben sich die in die Neuregelung gesetzten Erwartungen bislang erfüllt (bitte darlegen)?

Wie in der Antwort zu Frage 16a dargestellt, konnte die Verfahrensdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Erst- und Folgeantragstellern verkürzt werden. Die Neuregelung zur Einstufung der drei Westbalkanländer Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten ist am 6. November 2014 in Kraft getreten. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Neuregelung mittel- und langfristig zu einem Rückgang der Asylanträge aus diesen Staaten führen wird.

17. Wie erklärt die Bundesregierung, dass nach dem „annual report on the situation of asylum in the EU 2013“ des EU-Asyl-Unterstützungsbüros EASO (<http://easo.europa.eu/wp-content/uploads/EASO-AR-final1.pdf>) die Anerkennungsquoten in Bezug auf die drei als sicher eingestuftem Westbalkanländer in Deutschland im Jahr 2013 bei nur 0,0 bis 0,6 Prozent lagen, während sie z. B. in Italien bei 37 bis 67 Prozent (vor allem humanitärer Schutz), in Frankreich bei drei bis 17 Prozent, in Belgien bei 6 bis 8 Prozent, in Österreich bei 10 Prozent (Serbien) und in Dänemark bei 20 Prozent (Bosnien-Herzegowina) lagen (vgl. a. a. O., S. 46 f), und inwieweit sieht sie angesichts dieser deutlich abweichenden Schutzquoten in anderen Ländern der Europäischen Union die pauschale Sicherheitsvermutung in Deutschland als gerechtfertigt?

Da weder in Deutschland noch in den von den Fragestellern genannten Mitgliedstaaten eine statistische Erfassung der Anerkennungsgründe erfolgt und auch der zitierte EASO-Bericht sich damit nicht näher auseinandersetzt, können die Gründe für die unterschiedlichen Schutzquoten nicht näher analysiert werden. Die Bundesregierung weist allerdings darauf hin, dass der zitierte EASO-Bericht (S. 47) hierzu folgende Aussage enthält: „Otherwise, a higher recognition rate for a particular nationality in a given MS probably stems from the specific profile of applicants coming to this MS and the practice adopted by this MS as a result.“ Die Annahme, dass eine positive Entscheidungspraxis in einem Mitgliedstaat zu Asylbewerbern mit einem bestimmten Profil dazu führt, dass andere Asylbewerber mit einem vergleichbaren Profil diesen Mitgliedstaat bei der Zielstaatswahl bevorzugen, so dass die Schutzquote (weiter) ansteigt, erscheint durchaus schlüssig. Bei der Auswahl Deutschlands als Hauptzielstaat sind dagegen offenbar vor allem wirtschaftliche Gründe maßgeblich („The principal pull factors determining the choice of destination country are mainly economic in nature.“, a. a. O., S. 48). Die Bundesregierung weist ferner darauf hin, dass die Gewährung humanitären Schutzes in einer Mehrzahl von Fällen die Einstufung eines Staates als sicherer Herkunftsstaat ebenso wenig ausschließt, wie die Einstufung eines Staates als sicherer Herkunftsstaat die Gewährung humanitären Schutzes im jeweiligen Einzelfall. Soweit die hohe Schutzquote in Italien den humanitären Schutz betrifft, lässt sie daher keinerlei Rückschlüsse auf eine Ein-

schätzung der Verfolgungssicherheit im jeweiligen Herkunftsstaat durch die italienischen Behörden zu.

Überdies sind die von den Fragestellern genannten Zahlen wenig aussagekräftig.

So liegen der Entscheidungspraxis Dänemarks zu Bosnien-Herzegowina folgende EUROSTAT-Zahlen für das Jahr 2013 zugrunde: bei 25 Entscheidungen wurde in fünf Fällen humanitärer Schutz gewährt, in 20 Fällen wurde der Asylantrag abgelehnt.

Diese niedrigen absoluten Zahlen, die noch dazu auf Fünfer-Werte gerundet sind, lassen keinerlei Schlussfolgerungen auf die Einschätzung der Verfolgungssituation in Bosnien-Herzegowina durch die dänischen Behörden zu, zumal ausschließlich humanitärer Schutz gewährt worden ist, für den es auf die Verfolgungssicherheit ohnehin nicht ankommt.

Vor diesem Hintergrund sieht die Bundesregierung von einem weiteren Eingehen auf die Frage ab.

18. In Bezug auf welche Herkunftsländer oder bestimmte Fallgruppen (z. B. Dublin-Verfahren) werden Asylanträge derzeit prioritär bearbeitet, welche neuen Informationen gibt es zur Personalsituation, -entwicklung und -planung im BAMF und unterstützende Sondermaßnahmen, insbesondere im Bereich der Asylprüfung, und wie ist der Stand der Neubesetzung der neu bewilligten 350 Stellen im BAMF bzw. der Einarbeitung entsprechenden Personals, gibt es weitergehende Personalforderungen seitens des BAMF, um den gestiegenen Bedarfen gerecht werden zu können?

Derzeit werden Asylanträge aus den Herkunftsländern Syrien, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina sowie die Anträge von Antragstellern aus dem Irak, die religiösen Minderheiten angehören (Christen, Jeziden, Mandäer), prioritär bearbeitet.

Zum 1. Januar 2015 waren beim BAMF im Bereich Asyl- und Dublin-Verfahren etwa 400 Stellen mit Sachbearbeitern und etwa 620 Stellen mit Bürosachbearbeitern besetzt. Darüber hinaus unterstützen rund 260 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Laufbahnen den operativen Asyl- und Dublin-Bereich, beispielsweise in den Aufgaben der Länderanalyse, Prozessführung, Grundsatzangelegenheiten, Qualitätssicherung und Widerrufsverfahren.

Die Verstärkung des Entscheiderbereichs in den Außenstellen des BAMF durch Personal des gehobenen Dienstes aus anderen Arbeitsbereichen des Hauses wird weiter fortgesetzt. Darüber hinaus wird das BAMF noch durch vier Beschäftigte aus dem Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung und durch zwei Beschäftigte der Bundespolizei vorübergehend unterstützt.

Die im Rahmen des Haushaltsgesetzes 2014 bewilligten 300 neuen Stellen wurden bis zum Jahresende besetzt. Der Einsatz erfolgt bedarfsorientiert in Organisationseinheiten mit Asyl- und Dublin-Aufgaben in allen Außenstellen und der Zentrale des BAMF.

Die im Rahmen des Haushalts 2015 bewilligten 350 Stellen sollen möglichst zeitnah besetzt werden. Ein weiterer Zuwachs an Stellen ist abhängig vom Haushaltsverfahren 2016.

19. Zu welchem ungefähren Anteil wird nach Einschätzungen von fachkundigen Bediensteten des BAMF derzeit das Prinzip der Einheit von Anhörer und Entscheider im Asylverfahren in der Praxis gewahrt (soweit möglich bitte auch nach Ländern differenzieren)?

Es gibt keine gesetzliche Vorgabe zur Identität von Anhörer und Entscheider. Der entsprechende Anteil dürfte bei grober Einschätzung von fachkundigen Bediensteten des BAMF weiterhin bei ungefähr 80 Prozent liegen.

20. Wie hat sich die Verfahrensdauer bei Asylsuchenden, die nicht aus Ländern des Westbalkans kommen, im vierten Quartal 2014 gegenüber dem vorherigen Quartal und insgesamt im Jahr 2014 entwickelt, und wie hoch war in diesen Zeiträumen die bereinigte Gesamtschutzquote in Bezug auf diese Länder (ohne Westbalkan)?

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Asylsuchenden, die nicht aus Ländern des Westbalkans kommen (also ohne Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Albanien), betrug im vierten Quartal 2014 durchschnittlich 7,8 Monate, im dritten Quartal 2014 durchschnittlich 9,7 Monate und im Gesamtjahr 2014 durchschnittlich 8,5 Monate. Die erfragte Quote von Asylsuchenden, die nicht aus Ländern des Westbalkans kommen, betrug 81,4 Prozent im vierten Quartal 2014, im dritten Quartal 2014 waren es 68,5 Prozent und 71,3 Prozent im Gesamtjahr 2014.

21. Wie lange dauern derzeit im Durchschnitt nach Einschätzungen fachkundiger Bediensteter des BAMF Asylanhörungen generell, wie lange dauern diese bei Asylsuchenden aus Westbalkanländern, aus Syrien und anderen wichtigen Herkunftsländern?

Nach Schätzungen des BAMF beträgt die durchschnittliche Dauer der Asylanhörungen allgemein aktuell etwa 100 Minuten, für Antragsteller aus Westbalkanländern durchschnittlich etwa 50, bei syrischen Asylantragstellern etwa 45 Minuten.

22. Welchen zeitlichen Umfang nehmen nach der Einschätzung fachkundiger Bediensteter des BAMF bei Anhörungen derzeit im Durchschnitt Fragen und Antworten zur Ermittlung des Reisewegs, zu Umständen der Flucht, zu etwaigen Schleusertätigkeiten, zur mutmaßlichen der Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates usw. ein, d. h. nicht zu den eigentlichen Fluchtgründen im Herkunftsland (Schätzungen bitte zur Dauer in Minuten und zum relativen Anteil an der gesamten Anhörung angeben)?

Von den in Antwort zu Frage 21 genannten durchschnittlich 100 Minuten für die Asylanhörung entfallen rund 80 Prozent auf die Befragung zur Ermittlung der Fluchtgründe, wozu auch Fragen zu den Umständen der Flucht gehören. Fragen zu den persönlichen Verhältnissen, zur Ermittlung des Reisewegs und anderer EU-Zuständigkeit werden in den meisten Außenstellen des BAMF nicht bei der persönlichen Anhörung, sondern bei der Antragsannahme gestellt und beantwortet. Im Rahmen der persönlichen Anhörung werden nur noch bei Unklarheiten oder Unstimmigkeiten bezüglich des Reiseweges weitere Ermittlungen oder Nachfragen durchgeführt. Sollte sich an Hand der erkennungsdienstlichen Behandlung die Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates ergeben, erübrigt sich im Regelfall eine weitere Sachaufklärung zum Reiseweg. In solchen Fällen wird überwiegend auch keine Anhörung durchgeführt, sondern direkt das Dublin-Verfahren eingeleitet.

23. In welchem Umfang (bitte Fallzahlen für das Jahr 2014 nennen, differenziert nach Quartalen) macht das BAMF inzwischen bei welchen Herkunftsländern von der Möglichkeit Gebrauch, Asylsuchende mit hohen Anerkennungschancen ohne mündliche Anhörung anzuerkennen (§ 24 Absatz 1 Satz 4 und 5 AsylVfG), wie sind die bisherigen positiven wie negativen Erfahrungen oder Probleme hiermit (bitte so genau wie möglich darlegen), und an welche Ausweitungen dieses Konzepts ist gegebenenfalls gedacht?

Das BAMF macht seit Mitte November 2014 bundesweit von der Möglichkeit Gebrauch, bei Antragstellern aus Syrien ohne mündliche Anhörung den Flüchtlingsstatus zuzuerkennen, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Auch bei Antragstellern aus dem Irak, die religiösen Minderheiten angehören (Christen, Jeziden, Mandäer) wird dieses Verfahren angewandt. Auch wenn die Anzahl der Fälle statistisch nicht erfasst wird, ist schon jetzt zu erkennen, dass diese Verfahrensweise zur schnelleren Bearbeitung der Anträge beiträgt. Geprüft wird derzeit, ob und wie sich dieses Verfahren, auch unter Beachtung von Sicherheitsaspekten, insgesamt bewährt. Eine Ausweitung dieser Verfahrensweise ist derzeit nicht geplant.

24. In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im vierten Quartal 2014 bzw. im Gesamtjahr 2014 mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon		
		positiv	negativ	sonstige (z. B. Abbruch)
4. Quartal 2014	212	36	55	121
davon				
Baden-Württemberg	30	3	8	19
Bayern	16	7	2	7
Berlin	31	4	7	20
Brandenburg	1	1		0
Bremen	12		2	10
Hamburg	11		2	9
Hessen	13	3	2	8
Mecklenburg-Vorpommern	2	1	1	0
Niedersachsen	12	1	6	5
Nordrhein-Westfalen	64	12	18	34
Rheinland-Pfalz	4	1	1	2
Saarland	2	2		0
Sachsen	1		1	0
Sachsen-Anhalt	2			2

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon		
		positiv	negativ	sonstige (z. B. Abbruch)
Schleswig-Holstein	10	1	4	5
Thüringen	1		1	0

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon		
		positiv	negativ	sonstige (z. B. Abbruch)
4. Quartal 2014	212	36	55	121
darunter				
Serbien	28	1	16	11
Syrien	18	1	1	16
Kosovo	15	5	5	5
Bosnien-Herzegowina	12	3	3	6
Irak	10	3		7
Iran	8		3	5
Mazedonien	8		1	7
Russische Föderation	8		3	5
Nigeria	7	1		6
Türkei	7	2	1	4

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon		
		positiv	negativ	sonstige (z. B. Abbruch)
Jahr 2014	1 014	200	248	566
davon				
Baden-Württemberg	110	19	34	57
Bayern	78	22	15	41
Berlin	132	26	24	82
Brandenburg	11	1	1	9
Bremen	29	2	11	16
Hamburg	76	16	23	37
Hessen	85	16	15	54
Mecklenburg-Vorpommern	8	2	4	2
Niedersachsen	75	15	25	35
Nordrhein-Westfalen	329	70	75	184
Rheinland-Pfalz	9	3	2	4

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon		
		positiv	negativ	sonstige (z. B. Abbruch)
Saarland	8	2	1	5
Sachsen	25	4	4	17
Sachsen-Anhalt	11	0	3	8
Schleswig-Holstein	25	2	9	14
Thüringen	2	0	2	0
Unbekannt	1	0	0	1

	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon		
		positiv	negativ	sonstige (z. B. Abbruch)
Jahr 2014	1 014	200	248	566
darunter				
Syrien	149	13	4	132
Kosovo	87	35	33	19
Serbien	87	4	50	33
Russische Föderation	42	4	14	24
Türkei	40	5	12	23
Libyen	39	1	0	38
Irak	38	12	7	19
Nigeria	26	5	4	17
Ungeklärt	24	6	5	13
Armenien	23	4	10	9

